

Anfänge, Triebkräfte und Vorhaben der Kampagne "Steuer gegen Armut"

Input auf der Veranstaltung "Lehren aus der Finanzkrise – Was Sie schon immer über die Finanztransaktionssteuer wissen wollten"

Berlin, 1. Dezember 2009

DGB Bundesvorstandsverwaltung, Henriette Herz Platz 1

Ich wurde vom Veranstalter hinsichtlich der Kampagne "Steuer gegen Armut" gebeten, folgende Dinge zu erläutern:

1. Gründe meiner Initiative zur Kampagne
2. Die Motivation der Kirchen für eine Teilnahme
3. Die Breite des gesellschaftlichen Bündnisses
4. Die Petition
5. Und was noch folgen könnte

Und das alles in 5-10 Minuten. Ich versuchs.

Ad 1: Gründe meiner Initiative zur Kampagne

Als Studentenfarrer musste ich am 13. Mai 2009 in Basel eine Veranstaltung zum Thema Weltwirtschaftskrise moderieren. Ich bin ja nun überhaupt kein Wirtschaftswissenschaftler, aber beim Vorbereiten, konkret der Durchsicht gesellschaftspolitischer Antworten auf die Krise, fiel mir auf, dass etwas fehlt, welches mir irgendwie in Erinnerung war: Gegen Spekulation wurde doch immer eine Tobin Steuer ins Feld geführt?! Und die kam nirgendwo vor. Weder bei den G20, noch bei der EU, noch bei einflussreichen nationalen Regierungen. Warum aber fehlt etwas, das schon lang als Antwort auf Spekulation angesehen werden kann? Und soweit mein schwacher Verstand mich nicht trog, hatten die letztjährigen Krisen (Lebensmittel, Rohstoffe, Hypotheken) etwas mit Hyperspekulation zu tun. Also googelte ich etwas gründlicher, was das auffällige Fehlen nur noch deutlicher hervorhob. Dabei fand ich aber auch die Schriften des WIFO in Wien, die eine Ausweitung der Tobin-Steuer auf alle spekulationsanfälligen Finanztransaktionen vorschlugen. Ich verstehe immer noch nicht die Einzelheiten, aber intuitiv leuchtete es mir ein: Warum soll man Spekulation mit Devisen besteuern, Derivaten, Futures, Optionen und anderem aber freien Lauf lassen?

Da ich früher schon Kampagnen gemacht habe, kontaktierte ich einige meiner früheren KollegInnen und fragte, ob sie eine solche Steuer als Teil der Gesamtlösung nicht auch für wichtig hielten. Und falls man dort überhaupt das Fehlen eines solchen Vorschlags bislang bemerkt hatte und falls man den Unterschied zwischen einer CTT und FTT überhaupt verstand, so fand jeder diese Idee toll. Mehr und mehr kam der Eindruck: "Man" solle/müsse etwas unternehmen.

Glücklicherweise beinhaltete mein nächster (also der gegenwärtige) Job bei der Jesuitenmission Advocacy&Networking und so überzeugte ich meinen künftigen Chef, dass der Einstieg in diese Stelle dann am besten gelingt, wenn wir mit einer konkreten Kampagne beginnen, die im übrigen mit den Zielen der Jesuitenmission, nämlich Geld für die Armen zu sammeln, übereinstimmte.

Hierher passen auch noch ein weiterer wichtiger Grund für meine/unsere Motivation: Ich finde es eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, dass die gegenwärtige neoliberale Ordnung weltweit Probleme verursacht, ihre Hauptakteure und –Profiteure sich aber nicht an den

Aufräumarbeiten beteiligt und die dann Organisationen überlassen bleiben, die, wie die Jesuitenmission, Spendenfinanziert sind

Ad 2: Motivation der Kirchen

Ich kann nicht für "die Motivation der Kirchen" für eine Teilnahme am Kampagnenbündnis sprechen. Dazu müssen Sie schon einen Bischof befragen. Der einzige Bischof bis jetzt "on the record" für unsere Kamapgne ist der Bischof von Trier und Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Dr. Stephan Ackermann. Wenn Sie seine Stellungnahme zum G20 Gipfel der Finanzminister in St. Andrews (6.11.2009) durchlesen, wird Ihnen eine hohe Übereinstimmung mit den Grunddokumenten unserer Kampagne auffallen. Freilich: Hinsichtlich der Tobin Steuer war gerade bei den kirchlichen Hilfswerken schon einiges an Vorwissen vorhanden, und auch die Verbindung zwischen einer Transaktionssteuer einerseits, und der Finanzierung von Entwicklung und Armutsbekämpfung andererseits war nicht fremd.¹ Aber es gab auch ganz klar Rückmeldungen, man mache nicht mit, weil das Thema zu unbekannt sei, man wolle erstmal abwarten. Und das tun einige noch heute.

Ad 3: Breite des Bündnisses

Auf dem Hintergrund meiner bisherigen Kampagnenerfahrung (gegen Anti-Personenminen, für die Rechte 'Illegaler') war klar, dass man bei einem in der Öffentlichkeit derart unbekanntem, komplexen und schwer vermittelbaren Thema ein breites, ungewöhnliches und übergreifendes Bündnis braucht, wenn man überhaupt eine Chance auf Gehör haben will.

Viele, die ich auf ein Mitmachen anfragte, zögerten zunächst, weil sie einfach immer wieder meinten, es handele sich um eine Neuauflage der Tobinsteuer, die man ja schon so oft erfolglos zu erlangen suchte. Ebenso wartet natürlich keine Organisation auf Pater Jörg Alt, um zu entscheiden, was für Kampagnenarbeit man machen könne. Viele Organisationen haben ihr Programm auf Jahre hinaus festgelegt und entsprechend sind die Ressourcen gebunden. Die Folge war, dass viele zwar ihren Namen hergeben wollten, um das Anliegen zu unterstützen, gleichzeitig aber klarmachten, dass sie derzeit nicht weiter in der Sache aktiv werden könnten.

Zur Hilfe kamen Steinbrück, Steinmeier und Merkel, die am 11. und 12. September in der Süddeutschen Zeitung ein klares Wort zu dieser Steuer sagten. Und da rutschte bei vielen plötzlich der Groschen, dass es hier tatsächlich ein "Window of Opportunity" geben könnte, für das es sich lohnen könnte, aus dem Fenster zu hängen.

Dies führte zum Offenen Brief, den wir am Welttag zur Bekämpfung von Armut, dem 17. Oktober 2009, mit 32 Organisationen und 8 Einzelpersonen veröffentlichten und der das Grundlagendokument unserer Kampagne ist. Im derzeitigen Petitionstrubel geht oft unter, dass diese Plattform stetig wächst: Derzeit sind es 41 Organisationen und 21 Einzelpersonen, die das Bündnis tragen.

Ad 4: Die Petition

Nachdem wir auf Fach- und Verbandsebene einen Zusammenschluss hatten, war der nächste Schritt, öffentliche Aufmerksamkeit und öffentliches Gewicht zu erhalten. Hier bot sich das Instrument der Online-Petition an. Keine langwierigen und aufwändigen Werbekampagnen mehr, kein Sammeln von Unterschriften per Listen sondern einfach Werben per Mails,

¹ Z.B. Deutsche Kommission Justitia et Pax: Bischof Ackermann für Neuordnung des globalen Finanzsystems. Justitia et Pax zum G20 Gipfel am 1.4.2009. Evangelischer Entwicklungsdienst (eed): G8 Treffen in L'Aquila: Keine Alternative zu globalen Steuern für globale Aufgaben. Presseerklärung vom 6.7.2009.

Internetwebsites, Internetforen und schon wird aus dem unwissenden ein informierter Bürger, der aktiv wird und dem Bundestag über seine Online-Unterschrift den Willen zum Handeln nahe bringt. So dachten wir jedenfalls.

Fakt ist, dass das Online-Verfahren extrem kompliziert ist und viele, die keine "Computer-Kids" sind, nach einer Weile aufgeben oder die sich nach Fehlermeldungen oder sonstigen Problemen enttäuscht abwenden. Hinzu kommt weiteres: etwa die Verwirrung über die Frist, die zur Erzwingung einer Anhörung wichtig ist, die Tatsache, dass von drei Personen, die eine gemeinsame Internetadresse haben, nur eine online unterzeichnen kann oder das Unwissen, dass man die Petition auch per Brief und Fax unterstützen kann. Es brauchte doch mehr Aufklärungs- und Informationsarbeit und entsprechend schleppend lief alles an, bevor die Stimmensammlung Tag 12 endlich an Tempo zulegte.

Ein aus meiner Sicht unerwartet guter Nebeneffekt dieser Petition war und ist, dass das Thema innerhalb unserer Trägerorganisationen an Gewicht gewann, denn in dem Maße, da BürgerInnen und Mitglieder auf das Thema ansprangen, Fragen stellten, mehrheitlich positive Rückmeldungen gaben, merkten auch die Trägerorganisationen, dass das Thema es wert ist, Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Ein kalkuliertes Risiko der Online Petition war, dass unser Thema von politischen Parteien 'als das ihre' instrumentalisiert werden könnte und dann plötzlich eine Polarisierung zwischen Opposition und Koalition entsteht, die uns aufgrund der parlamentarischen Kräfteverteilungen im Ernstfall auf der Verliererseite stehen lässt. Aber hier scheint mir, dass die Kontakte nach allen Seiten, die wir von Anfang an pflegten, Frucht trägt und ich verrate keine Geheimnisse wenn ich hier sage, dass wir mit allen Parteien - außer einer - im konstruktiven Gespräch stehen.

Böse Zungen behaupten ja, dass unsere Kampagne ohnehin nur zur Verteidigung der Bundeskanzlerin gegen ihre eigene Partei ins Leben gerufen wurde, die von ihrer fortschrittlichen, wengleich zunehmend populär und wissenschaftlich gestützten Linie überrumpelt worden ist. Natürlich lassen wir uns gerne davon überzeugen, dass dies nicht der Fall ist. Denn dann gilt ja erst recht, dass außer einer Partei alle anderen im Bundestag nachweislich und bekennend für die Einführung einer solchen Steuer sind und somit ein solides demokratisches Mandat vorhanden ist.

Entsprechend freuen wir uns auf die öffentliche Anhörung zum Thema ein wichtiges Anliegen der Petition, welches wir hoffentlich in absehbarer Zeit erhalten werden.

Ad 5: Was noch folgen könnte

Ich möchte drei beispielhafte Kampagnenziele aus meiner Sicht benennen: Je eines zu Deutschland, im Hinblick auf die EU und im Hinblick auf die Welt.

Deutschlandweit denke ich, dass die stetig steigende Zahl der Petitions-Mitzeichner, der Mitträger unseres Offenen Briefs, der Facebook-Gruppe, der Newsletter-Bezieher, der Mails, die von der Mitmach-Funktion unserer Kampagnenwebsite an die Parteivorsitzenden verschickt werden, klar macht, dass wir mit unserer Kampagne ein Mandat haben, welches über die Verbandsinteressen der "üblichen Verdächtigen" in diesem Feld hinausgeht. Mit diesem Selbstbewusstsein ausgestattet denke ich, dass nun eine ruhigere Phase kommen muss, während der hinter den Kulissen Sondierungen auf zwei wichtige Etappenschritte hin laufen müssen: Zum einen muss die Bundesregierung durch das Parlament verpflichtet werden,

international für eine Transaktionssteuer in unserem Sinne einzutreten, national muss bis dahin eine nationale Börsenumsatzsteuer als Zwischenschritt wieder eingeführt werden.

EU-weit ist ja augenfällig, dass viele wichtige EU Mitglieder sich bereits für eine Transaktionssteuer ausgesprochen haben. Es gilt nun dafür zu sorgen, dass diese Steuer für die Europäische Union plus Schweiz eingeführt wird. Man muss nicht auf China und die USA warten, denn es gibt genügend ernstzunehmende Argumente, dass eine solche Steuer schon sehr wirksam sein kann, wenn sie für die EU plus Schweiz gilt.² Hier ist allerdings auch an jene Mitglieder unserer Kampagne, die über internationale verbandliche Kontakte verfügen, zu appellieren, dass sie ihre Kolleginnen und Kollegen vor allem in jenen Staaten mobilisieren, wo diese Steuer noch unbekannt ist.

Weltweit: Ich bin recht optimistisch, dass wir etwas "Transaktionssteuerartiges" bekommen, aber aus den falschen Motivationen heraus. Die Finanzminister müssten blind sein, wenn sie nicht erkennen würden, wie elegant diese Steuer ihre Haushaltslöcher füllen könnte, die ja nicht zuletzt aufgrund der Stabilisierungsbemühungen während der Finanzmarktkrise entstanden sind. Dies würde aber an unserem zweiten Kampagnenziel vorbeigehen, nämlich, dass wir die Erlöse den armen Ländern dieser Welt zugute kommen lassen wollen. Jenen also, die erst gar keine Steuermilliarden aufbringen konnten, um die Auswirkungen der letztjährigen Krisen abzufedern, und weswegen weltweit etwa ein Anstieg des Hungers konstatiert wird und die von den Millenniums-Entwicklungszielen her geforderte Halbierung der Hungernden in immer weitere Ferne rückt. Allerdings werden wir uns hier mit den Fragen nach der angemessenen und wirksamen Entwicklungshilfe und Armutsbekämpfung auseinandersetzen müssen. Afrikaner, mit denen ich wegen dieser Steuer in Verbindung stehe, wollen schließlich auch nicht einfach Geld. Sie wollen Hilfe dahingehend, dass ihre Länder bei der nächsten Krise besser aufgestellt sind, um selbst mit den Folgen besser fertig werden zu können.

Schluss

Die Finanztransaktionssteuer ist nur ein kleines Element im notwendigen Bemühen, dem Finanzsektor nach jahrelangem Wildwuchs wieder an die Leine zu legen. Ein solches Vorhaben wird auf Widerstand stoßen: Es ist nicht nur der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis, der feststellt, dass zu große Banken Regierungen erpressen können. Entsprechend kann Bundeskanzlerin Angela Merkels Aussage in der Regierungserklärung nur zustimmen, die Banken wieder daran erinnern möchte, dass sie eine dienende Funktion für das Funktionieren wirtschaftlicher Kreisläufe hat. Ebenso folgen wir in unserem Tun der Beobachtung Papst Benedikt XVI. nach der ein Ungleichgewicht von Wirtschaft und Politik schwere Störungen in einer Gesellschaft verursacht.³

² Siehe etwa Studien unter <http://www.steuer-gegen-armut.org/wer-teilt-unsere-meinung/unterstuetzung-durch-wissenschaft.html>

³ Belege zum Vorstehenden: Der Präsident des Sparkassen- und Giroverbands, Haasis, in der taz vom 11.11.2009 ("Große Banken können erpressen"). Bundeskanzlerin Merkel wörtlich: "Es scheint mir Zeit zu sein, in diesem Zusammenhang an etwas zu erinnern, und zwar daran, dass der Finanzsektor im Kern eine dienende Funktion für das Funktionieren der wirtschaftlichen Kreisläufe hat. So ist der Bankensektor entstanden, das war sein eigentliches Selbstverständnis. Dieses Selbstverständnis muss wieder belebt werden; ansonsten werden wir große Schwierigkeiten mit unserer Wirtschaft haben."

Papst Benedikt in seiner Enzyklika "Caritas in Veritate" Nr. 34+36: "Weiter hat die Überzeugung, daß die Wirtschaft Autonomie erfordert und keine moralische „Beeinflussung“ zulassen darf, den Menschen dazu gedrängt, das Werkzeug der Wirtschaft sogar auf zerstörerische Weise zu mißbrauchen. Langfristig haben diese Überzeugungen zu wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Systemen geführt, die die Freiheit der

Die Gelegenheit zur Einführung dieser Steuer ist so günstig wie selten: Mehr und mehr wächst der Unmut, dass es auch ein Jahr nach der Krise zu wenig konkrete Beschlüsse gab, um eine Wiederholung des Krisenszenarios von 2008 zu verhindern und die Banken an den Aufräumkosten zu beteiligen. Mehr und mehr befremdet, dass Investmentbanken schon wieder hohe Renditen einfahren, dass schon wieder wie im Kasino gewettet und spekuliert wird - nur, dass die "Karten" nicht mehr Collateralized Mortgage Obligation (CDOs) heißen, sondern Resecuritization of Real-Estate Mortgage Investment Conduit (Re-Remics).⁴ Und dass der Chef von Goldman-Sachs von sich (und seinesgleichen) wieder voller Überzeugung sagen kann, er betreibe "Gottes Werk".⁵

Kapital lässt sich einfangen. Als die Finanzminister nach dem ersten Schock der Krise ihren Kampf gegen die Steueroasen aus dem durchsichtigen Grund heraus begannen, mehr besteuerbare Einkünfte im Land zu behalten, trat deshalb nicht der Tod bedeutender Finanzplätze ein. Auch bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer wird dies nicht der Fall sein.⁶ So wie es derzeit aussieht, will oder kann die globale politische Eliten kaum angemessene Konsequenzen aus der Weltfinanzkrise ziehen oder durchsetzen. Gelingt der Bürger- und Zivilgesellschaft wenigstens die Durchsetzung der Finanztransaktionssteuer, haben wir bei der nächsten Krise, wenn sie kommt, immerhin ein kleines Pölsterchen zur Folgenbewältigung, gezahlt von jenen, die uns auch die nächste Krise durch ihr fortgesetztes Zocken bescheren werden.

Freilich: Aus meiner bisherigen Erfahrung heraus halte ich es für unwahrscheinlich, dass es der Politik gelingt, den Finanzsektor nachhaltig so zu reformieren, dass sich das Vorgefallene nicht wiederholt. Deshalb möchte ich wenigstens etwas durchsetzen, das Geld erzeugt, mit dem künftig (a.) die Hauptverursacher für die Folgen zahlen müssen und (b.) die Armen und Benachteiligten Nutznießer sind.

Abschließend nochmals zu meiner Rolle in der Kampagne "Steuer gegen Armut": Ich sehe mich als "Kampagnen-Mama", wobei Mama für Moderator, Ansporner, Mahner und Animator steht

- Moderator: Ich bin kein Fachmann für irgendwas. Dazu hatte ich nie Zeit genug, um mich in irgendetwas solide einzuarbeiten. Aber ich will versuchen, die Kampagne vor Engführungen zu bewahren und die Interessen und Sichtweisen möglichst vieler Organisationen und Personen zu integrieren
- Ansporner: Wie bei meinen früheren Kampagnenthemen geht es hier um ein extrem dickes Brett, und das in einer kurzatmigen Zeit, die schnelle Erfolge will. Ich möchte uns vor kurzsichtigen Schnellschüssen bewahren und dafür sorgen, dass alle den nötigen langen Atem behalten.
- Mahner: Ich betrachte mich als Anwalt für die Armen dieser Welt, und hier werde ich sicherlich auch vielen unbequem werden, die Einkünfte aus dieser Steuer für die Konsolidierung der Haushalte der reichen Länder nützen wollen.

Person und der gesellschaftlichen Gruppen unterdrückt haben und genau aus diesem Grund nicht in der Lage waren, für die Gerechtigkeit zu sorgen, die sie versprochen hatten.... Es darf daher nicht vergessen werden, daß die Trennung zwischen der Wirtschaftstätigkeit, der die Aufgabe der Schaffung des Reichtums zukäme, und der Politik, die sich mittels Umverteilung um die Gerechtigkeit zu kümmern habe, schwere Störungen verursacht."

⁴ Siehe Der Spiegel, 23.11.2009 "Die Billionenbombe", S. 78

⁵ D. Blankfein in: Sunday Times, 8.11.2009 ("I am doing 'God's work': Meet Mr. Goldman Sachs")

⁶ So auch Thomas Fricke, Chefökonom der Financial Times in seiner Kolumne "Eine Vernunftsteuer für Banker".

- Animator: Ich möchte alle, auch Banker daran erinnern, dass Lebensqualität mehr ist als sich auf Kosten anderer zu bereichern und hoffe so, auch ein wenig meiner eigentlichen Aufgabe als Seelsorger gerecht werden zu können.